

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann

Der Blick nach vorne: September 2017

Drei Themenkomplexe

Autoindustrie und Strafrecht Türkei, Ungarn und die EU-Krise Vorschlag einer Wahlrechtsreform

Der September 2017 ist der Monat der Bundestagswahl in der BRD. Also leben wir in Zeiten der Täuschung. Es beginnt bereits mit „**September**“, **der 7. Monat** und er ist doch (infolge der zweimonatigen Vorverlegung des Jahresanfangs im Jahre 153 v.Chr.) der 9. Monat. Ein traditioneller „fake“. Wir sind im September realiter zumeist viel weiter als gefühlt.

I. Autoindustrie

Die größten Täuschungen erleben wir im Zusammenhang mit **der deutschen Autoindustrie**. Wenn sie die deutsche Schlüsselindustrie ist, dann sind wohl Täuschung und Betrug die Schlüssel der deutschen „Vollbeschäftigung“? So sehen es übrigens immer mehr Menschen in der Welt und auch in der EU.

Fahrverbote sollen jetzt unbedingt vermieden werden (zumindest vor der Wahl). **Man spielt auf Zeit**, so als ob die Politiker von der Luftverschmutzung plötzlich überrascht wurden. Das scheint nicht nur der Fall zu sein u.a. für die Kanzlerin, den Verkehrsminister und den politischen Cheflobbyisten, sondern auch für die grüne „Umwertpartei“ beginnend mit einem Ministerpräsidenten und einem Bürgermeister sowie auch für insbes. die niedersächsischen Sozialdemokraten.

Dabei sind diese Situationen und Abgasbelastungen /Meßwerte in vielen Städten lange bekannt. Wir alle beobachten dabei gleichzeitig seit Jahren den absoluten Anstieg der Zahl großer PKWs auf unseren Straßen, die auch die Infrastruktur, einschl. der Parkplätze stark verdichten (und kaum off-road fahren), Brücken deutlich stärker belasten und viel Blech mit viel Diesel sportlich durch die Ortschaften schieben. Man denke u.a. an Kompaktwagen und an die sog. SUVs („Schmutz und Verdrängung“).

Eine Hypothese zur Erklärung einer derartigen Politik lautet, **daß die dadurch früher gestorbenen Menschen keine Wähler sind im Gegensatz zu den Managern und Beschäftigten in jener Industrie**. (Eine vergleichbare Hypothese gilt auch bezüglich der Hygiene in Krankenhäusern: Die 20 bis 30.000 Toten durch die „Krankenhauskrankheit“ wählen nicht mehr, wozu also ausreichend Geld zur Verfügung stellen – insbesondere wenn die Krankenhäuser zusehends „privatisiert“ sind und die grundgesetzliche Unverletzbarkeit der **Würde des Menschen** immer weiter ausgehöhlt wird).

Internationale Vergleiche mit Betonung jeder Situation/Länder, die noch schlechter bezüglich der Luftverschmutzung dastehen (China, Indien, andere Länder) sind nicht hilfreich, außer daß unsere Politiker Deutschland immer wieder auf eine Stufe mit Entwicklungsländern oder gar Bananenrepubliken führen.

Wird also u.a. die unverantwortliche Luftverpestung anderen Orts gegeißelt (mit Bildern u.a. aus China, Indien usw.), so wird die deutsche Politik dadurch weder gerechtfertigt, noch ihr Anteil und der ihrer Schlüsselindustrie und –manager auch an der Verschmutzung in jenen Ländern und damit an den Klimaveränderungen hinterfragt. Die Konsumentensouveränität wurde bzgl. vieler Autotypen zur Farce gemacht.

Jeder dieser verdammt technisch-effizienten Verschmutzer auf den Straßen bezeugt und klagt, daß Konsumentenschutz und Menschenrechte von den Politikern nicht konsequent „ernst“ genommen werden, wenn kein Richter den Zeigefinger erhebt und ggfs. urteilt.

Dabei hieß es schon zu Zeiten des sog. Waldsterbens (insbes. Buchen und Tannen) und der damals anstehenden Politikentscheidung: „Benzin tötet den Wald, Diesel die Menschen“. Aber wir sind weiter im Klimadesaster. Und die politische Entscheidung erfolgte wohl auch in Abhängigkeit von der Wählerklientel der CDU auf dem Lande (u.a. von den Landwirten mit dem „preiswerten“ Diesel-Mercedes usw.).

Und bei diesen Mißständen, dem Unternehmensversagen und der größten Täuschung seitens großer Weltfirmen **gestaltet die Politik** zusammen mit der Industrie dann noch **staatlich bezuschusste Förder- und Konjunkturprogramme** (für die Entwicklung alternativer Antriebstechnologien, Umtauschprämien usw.). Zu diesen **sog. Spitzentreffen** werden konsequent u.a. Konsumentenschutzverbände, Krankenkassen und auch Händler nicht eingeladen! Eine Spitzenfarce. Treffen wie die der Kanzlerin mit Bürgermeistern/innen großer Städte wegen eines drohenden Fahrverbotes dienen nicht nur dessen Vermeidung, sondern auch **der „zentralen“ Beeinflussung der kommunalen Ebene** (u.a. wäre der Deutsche Städtetag das Gesprächsgremium gewesen.)

Zugleich sind die in Spitzentreffen beschlossenen Maßnahmen bezüglich ihrer Effekte auf die Umweltbelastungen gering – bspw. wenn man alte (aber „kleine“) Dieselfahrzeuge der Norm 3 mittels Kaufprämien aus dem Verkehr „zieht“ (und dann nach Osteuropa und in Entwicklungsländer exportiert) und diese durch große Dieselfahrzeuge selbst gem. der aktuellen Norm ersetzt werden, die gleichzeitig zu einer weiter steigenden Belastung und „Verstopfung“ der seit Jahren auf Verschleiß „gefahrenen“ Infrastruktur führen. Aber diese Spitzengespräche **sichern noch lange die** (nach allgemeiner Meinung zu) **hohen Managergehälter** in dieser Industrie angesichts des verursachten volkswirtschaftlichen Schadens. Aber auch das gehört zu einer neuen Art von PPP (Public-Private-Partnership) einer erklärten Schlüsselindustrie

Besser wäre es bspw. **dem Trend zu immer größeren Fahrzeugen entschieden gegenzusteuern**. So sind die öffentlichen Parkplätze nicht der Größe der SUVs usw. anzupassen, sondern für diese PKWs zu sperren. Private Parkplatzbetreiber können größere Parkflächen zu höheren Gebühren anbieten. Auch sollte die Verarbeitung leichter Materialien wie bspw. Kohlefaser gefordert und ggfs. gefördert werden (trotz der Schwierigkeiten von BMW beim „i3“). Auch sind Spielstraßen (der Auspuff entströmt fast passgenau in Kindersportkarren, Fahrradanhänger für Kleinkinder usw.) und enge Altstadtgassen sowie Innenstädte ganz u.a. für SUVs zu sperren (Klimaschutz und

Volks Gesundheit sind vorrangig gegenüber diesen Fahrpräferenzen!). Man könnte u.U. abgeerntete Felder/Wiesen und Schuttplätze für „Off-Roader“ gegen Entgelt öffnen usw. Die betroffenen Unternehmen können keine Schlüsselindustrie sein, sie haben ihre **Fehlausrichtung (wie die thyssenkrupp AG)** und ihr innovatives Desaster und damit ihr „Nokia-Schicksal“ offenbar nur durch (politisch ermöglichte?) Täuschung noch vermieden, aber **es darf der Politik nicht gelingen, den Fall geräuschlos ins Vergessen zu schieben.**

II.

Doch **die Industrie täuscht kräftig weiter:** Es soll ein Software-Update, der letztlich relativ wenig bewirken kann, erfolgen, aber kein Hardware-Update. Wenn die Industrie aber rechtlich gebotene Fahrverbote vermeiden will, sollte sie nicht auf quasi **öffentlich-private Lobbyverbände** setzen und nicht nach dem Steuerzahler und der hilfreichen politischen Hand rufen und Privaten Vermögensverluste abverlangen. **Sie sollte die durchaus vorhandene, gängige Hardware einbauen. Diese existiert schon und jede Werkstatt, die Untersuchungen (Schadstoffausstoß, TÜV) durchführt, ist nach Meinung von in der Branche tätigen Experten dazu in der Lage. Es ginge schnell!**

Die Kosten dieser Nachrüstung aber will die Autoindustrie nicht tragen. Sie ist sich ihrer Art **politischer Rückversicherung** sicher. Sie ist die politisch anerkannte Schlüsselindustrie, die geschützt werden muß! Was für eine führende Schlüsselindustrie, die den Hybrid verschlafen hat und die E-Mobilität jetzt ebenso bzw. die ihr diesbezügliches Wissen vergessen hat: Auf der Weltausstellung in Paris 1900 war ein Lohner-Porsche Wagen mit 4 elektrischen Radnarbenmotoren bei einer Reichweite von rd. 50 km die große Sensation! Paris – Versailles. Vielleicht ist es die Schlüsselindustrie, weil sie ein großes Druckpotential hat: die große Anzahl der Beschäftigten bzw. der potentiellen Entlassungen. Sie ist also nicht nur „too big to fail“, sondern kann scheinbar ohne großes politisches und rechtliches Risiko auch betrügen. Wenn der Schaden durch den Betrug derart groß ist, daß Haftung und Strafe zur Insolvenz der „Schlüsselfirmen“ führen, dann gilt die **politische Abwägung** und es passiert nichts. Die sog. Klimakanzlerin **vergißt sogar das höherrangige Klimaziel** in der Autoindustrie (übrigens ebenso wie anderenorts bspw. bei der abbaggernden Braunkohle und auch bei der Windenergie, die im Überfluß vorhanden ist, wo aber der Vogelschutz sang-und-klanglos gesetzlich abgeschafft wurde, weil er die klimapolitisch notwendige, zu große Windenergie stark belastet!) Vögel und Fledermäuse oder menschliche Lebensjahre dem abstrakten Klimaziel zu opfern bedeutet konkret das Klima nachhaltig zu schädigen.

III. Zum Strafrecht

Die höchstbezahlten Manager müssen ja nicht gewußt haben und wissen, was im Unternehmen seit Jahren passiert ist. Und selbst wenn man es einmal nachweisen kann – dient es dazu, den Fall als einen Unfall im Sinne eines individuellen menschlichen Versagens eines Managers zu erklären und abzutun. Es ist aber ein **Versagen der gesamten Unternehmenskultur oder des Geschäftsmodells!** Eine Umkehr der Beweislast ist

erforderlich – statt Nachweise im Einzelfall. Wenn **der Vorstand**, hochbezahlte Mitglieder des Vorstandes selbst derartige existenzielle Risiken nicht einmal rechtzeitig „ahnen“ und verhindert, obwohl auch die Gesamt-Kontrolle zu seinen Aufgaben gehört, dann **hat er versagt**. Ergaunerte Unternehmensgewinne dürfen niemals als Ausweis der Befähigung und des Erfolges gewertet werden -und die Fähigkeit zu überbrücken, zu vertuschen und einen derartigen Betrug nahezu „heil“ zu überstehen, auf Kosten der Kunden, der Umwelt und des Vertrauens in die „blinde“ Justiz, erst recht nicht! **Aber Manager mit derartigen Fähigkeiten werden immer wieder gesucht und hochbezahlt eingesetzt.**

Es bedarf eines Unternehmensstrafrechts, welches den Namen verdient. Wir brauchen u.a. auch die **Musterfeststellungsklage**. Aber diese wurde von der GroKo / der Bundeskanzlerin eher „verhindert“ als „befördert“. So ist das Strafrecht insgesamt mehr und mehr politisiert und zugleich „entzahlt“ worden.

Eine zugleich unterbesetzte (und „teil-politisierte“) Justiz verliert an Abschreckung und Erfolg in der Kriminalitätsbekämpfung jedweder Art. Da nützen allgemein auch mehr Polizisten wenig bis gar nichts, denn sie können nur frustriert werden, wenn bspw. gefasste Täter im Drogen-- und Diebstahls- sowie Einbruchsmilieu am nächsten Tag bereits wieder aktiv rumlaufen. Das Vertrauen in den Rechtsstaat mangels sachkundiger schneller Justiz schwindet auch und besonders mit diesem Betrug seitens der Autoindustrie weiter, nicht nur Unsicherheit entsteht.

Als Maxime für die Justiz sollte gelten. Wenn z.B. die verkauften Fahrzeuge eines Unternehmens nachweislich nicht die erforderlichen Standards und die zugesicherten Eigenschaften aufweisen – **dann hat die Unternehmung dafür umfassend zu haften** (gerade eine Schlüsselindustrie ist vorbildlich zur Rechenschaft zu ziehen und zu bestrafen). **Die betriebsinterne Zuordnung der Verantwortung und Regressforderungen usw. können privatrechtlich intern geklärt werden.**

Aber deutsche Politiker wollen kein Recht vergleichbar dem **US-Recht** – obwohl dieses Recht die US-Bürger und die Umwelt deutlich besser schützt.-Warum nicht? Nationale Eigenheiten? Nationalismus, weil es die deutsche Schlüsselindustrie träfe?

Jedes betrügerische Unternehmen muß (nicht nur gemäß der **Ökonomik der Kriminalität**) zumindest alles verlieren, was er über Jahre betrügerisch ergaunert hat. Dazu muß es eine kräftige Strafe zahlen und weitere Auflagen für die Zukunft akzeptieren wie bspw. auf seine Kosten eine 5-jährige **Kontrolle** durch ein breites Team von Experten und eine **Innovationverpflichtung** wie bspw. eine Entwicklung der e-Mobilität im Land. Man denke an VW und die USA. Fast schon vorbildlich – auch wenn es eine deutsche Unternehmung trifft. **Aber wer Globalisierung fordert und wünscht, der muß erkennen, daß das Recht nicht nach Nationalitäten usw. diskriminieren darf und muß zu Hause für international akzeptierte „Rechtstaatlichkeit“ ohne „Wenn- und- Aber“ sorgen.**

Der fortlaufende, durch den mit jedem Verkauf erneuerte Betrug hat nicht nur der Reputation der den Schaden verursachenden Unternehmen sowie einer ganzen Technologie sondern auch dem „Made in Germany“ und damit dem ganzen Standort geschadet. Das dicke Ende kommt erst nach der Wahl.

Bei der Bankenkrise haben Politiker und viele Menschen auch aus Systemkritik große Banken per se verurteilt und versuchen seitdem, einen Systemwandel hin zu kleineren Banken und zu politisch kontrollierten Landesentwicklungsbanken (das Debakel der Landesbanken wurde schnell vergessen) usw. und möglichst hin zu sog. Vollgeld bei "Abschaffung/Begrenzung" des Bargeldes.

Bei der Autoindustrie spricht niemand von einer Krise und die Politik versucht mit dem Geld der Steuerzahler die Unternehmen mitzufinanzieren oder mit viel Geld zumindest Zeit zu gewinnen – ein national und international erprobtes politisches Mittel im sozialistischen Materialismus ebenso wie im globalen Kapitalismus und in Integrationsprozessen.

Dabei geht es hier nicht nur um die Autoindustrie, denn ein absehbares faktisches Verbot der Verbrennung betrifft viele andere Unternehmen, die schon bei leicht umfangreichen Fahrverboten aus gebotener Vorsicht hohe Abschreibungen auf alles im Zusammenhang mit der Dieseltechnologie zu tätigen haben. **Ein seit Jahren absehbarer Flächenbrand kann entstehen. Gleichwohl müssen trotz der Größe des Schadens die Aktionäre den Schaden begleichen! Unternehmen können Teile/Marken/Firmen verkaufen – Selbständige haften doch auch wie selbstverständlich mit ihrem gesamten Privatvermögen.**

Jetzt aber ist die Autoindustrie ein zentraler Stein im Mosaik staatlicher Industriepolitik, ein arg ramponierter Stein den das Ausland wenig schätzt (China, aber auch Japan-Frankreich usw. drängen stark an die industrielle Spitze – auch mittels aufgekaufter deutscher Maschinenbauer usw.). Damit aber droht Ihr letztlich ein ähnliches Schicksal wie der Werftindustrie, der Militärgüterindustrie, der Atomwirtschaft, der Energiewirtschaft und auch dem Bankensektor usw. usf.

IV.

Polit-Ökonomische Probleme werden nach der Wahl massiv auftreten. Nicht nur viele kleine Kreditinstitute sind gefährdet (auch durch die hohen Gehälter der Vorstände selbst kleiner Sparkassen), sondern der Bankplatz Deutschland ist insgesamt stark gefährdet („Groß“-Banken, Börse usw. – der Brexit stärkt New York, Singapur, Paris und Dublin, kaum Frankfurt). Probleme haben auch Firmen der Stahlindustrie (wie die thyssenkrupp AG dank der Energiewende, verdienter alter Herren usw. bei der Fusion mit Tata, wohl eher Verkauf an Tata) und der Energiewirtschaft (einschl. Wind- und Solarenergieunternehmen) usw. usf. Air Berlin steht schon am Insolvenzschalter. Und der Dieselbetrug verstärkt alles. Der **anstehende Stellenabbau** (von der Deutschen Bank bis zur thyssenkrupp AG mit bereits angekündigten 10%) wird spürbar sein. Und dann kommt die vernetzte Digitalisierung (Wirtschaft 4.0). Es wird netto wahrscheinlich Konjunktur und Wachstum schwächen und damit den Konjunkturprognosen, insbes. den noch rechtzeitig vor der Wahl angehobenen, entgegenlaufen und wahrscheinlich zu ihrer Revision spätestens im November für das kommende Jahr nach unten führen.

Hinzukommen werden **Preiserhöhungen**, mit denen die Industrien bis nach der Wahl warten. Und die Probleme in der EU? U.a. mit dem italienischen Bankensektor, der den EZB-Präsidenten dann trotz Preissteigerungen an einer Abkehr von der Nullzinspolitik sowie den

Anleihekäufen hindert. Die Eurozone ist zu heterogen, **die EZB** muß ihre Politik an einigen Ländern ausrichten. Sie hatte seinerzeit für die Nullzinspolitik die Deckung seitens der deutschen Regierung (u.a. wegen Griechenland, Spanien, Portugal usw.) und jetzt, man denke an das Dreier- Treffen der Kanzlerin mit dem französischen Präsidenten und dem italienischen) weiterhin wegen der Bankenkrise in Italien usw.. **Die EZB richtet sich jetzt primär an Italien** und den Südländern aus, weil erwartet werden kann, daß der von der EZB geschaffene Stabilitäts- und damit Wohlfahrtsgewinn für Italien mit seiner Bankenkrise und damit für die EU (Zusammenhalt, Stabilisierung) größer ist als der von ihr verursachte Wohlfahrtsverlust Deutschlands. Es gilt immer noch die auch von der deutschen Regierung unter Frau Dr. Merkel akzeptierte politische EZB-Prämisse einer unbedingten Stabilisierung der EU. koste es, was es wolle. Der „kleine“ deutsche Bürger ist der Leidtragende – nicht nur weil die Inflationsrate für seinen Warenkorb schnell über 2 % steigen wird, sondern weil er täglich Vermögensverluste erleiden muß.

V.

Das Gespräch über Politik der **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** mit dem Herausforderer **Martin Schulz** (sog. TV-Duell) erfolgte in Blau: Sie mit (nicht preußisch, sondern eher EU-) blauem Blazer und er mit gleichfarbiger Krawatte. Zwei Politiker unter sich, die beide in Richtung Europa, Zentralisierung und Weichspülung des Föderalismus agieren.

Die täuschende Etikettierung und Unternehmensverwobenheit der Kanzlerpartei zeigen Wahlplakate bspw. der CDU. „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ (stets nicht: Europa!) oder „Heimat. Aber sicher.“ oder ein verteilter Reiseplan der DB (staatseigenes Unternehmen, Vorstandsmitglied R. Pofalla usw.) „Dein Herz schlägt mit Tausenden PS für Deine Heimat.“ Das Thema „Heimat“ (nicht justitiabel und nicht definiert) wird so vor der AfD besetzt.

V.a.

Das sog. Format der Runde bestimmte die Kanzlerin in Art einer „**präsidialen Kanzlerin**“ – zu ihrem Vorteil. Die öffentlich rechtlichen Anstalten hatten nicht einmal den Mut, einfach alle Parteivorsitzende zu einer „Elephantenrunde“ einzuladen – die Wahrscheinlichkeit, dass Frau Dr. Merkel den Stuhl der CDU vor laufenden Kameras leer ließe, war gering. Der Herausforderer hätte einen zu großen Vorteil, den dieser möglicherweise weder erkannte noch wollte. Denn: **Martin Schulz spielte Martin Schulz und nicht den Wegweiser in der Zukunft**, sondern letztlich den Bewerber um den Posten des Vizekanzlers und Außenministers sowie Parteivorsitzenden.

Das Noch-Teilmonopol (CDU, SPD) will offenbar keine offene Diskussion mit Vorsitzenden der kleineren Parteien bzw. Anbietern und deren evtl. unbequeme Fragen und Vorschläge. Kleinere Anbieter sind i.d.R. angriffslustiger, aggressiver und innovativer - sie wollen ein größeres Stück des Kuchens. Und zugleich bleibt Frau Dr. Merkel ihrer persönlichen Abneigung (?) in gewissem Sinne treu, hatte sie doch in Erlangen verkündet: „Es gibt Parteien in diesem Wahlkampf, die treffe ich nur beim Schreien.“ Also keine Elephantenrunde, denn da schreit kein Parteivorsitzender.

Die kleineren Parteien (Linke, Grüne, CSU, FDP, AfD) werden , wenn notwendig, gegebenenfalls in der Koalitionsverhandlung „gefüttert und gezähmt“, denn ein bekannter grüner Politiker hat bei einer anderen Koalitionsverhandlung (in S.-H.) kürzlich seiner Partei geraten, daß, **wenn man zwei Möglichkeiten hat, man dann die mit dem größeren Stück Torte** wählt. Opposition bedeutet dabei überall und stets das kleinste Stück. Dabei gerät die SPD immer mehr in die Situation, ggfs. wählen zu können, ob sie in einer erneuten GroKo einige Ideen verwirklicht und dabei leiden oder einflußlos in der Opposition noch stärker leiden wird.

V.b. Türkei, Ungarn und EuGH

Diese „Zweier-Runde“ demonstrierte scheinbar eine spontane, von einem effektiven Machtinstinkt **scheinbar rational umgesetzte Fähigkeit** zur Wende und zum situativen Zupacken der Kanzlerin. Oder ist es, gelernt ist gelernt, eine erfahrene Prägung zum rein rationalen Machtkalkül, die in jedem System zur anhaltenden Dominanz führen kann? Schnell hat sie dem Herausforderer **bezüglich der Türkei** nachgegeben und diesen dann sogar überholt, in dem sie sich für den Abbruch der EU-Türkei-Beitrittsverhandlungen ausspricht und noch zusätzlich erklärt, daß sie noch nie für eine Mitgliedschaft war (man denke an die „privilegierte Partnerschaft“, die die Türkei schon früher zurückgewiesen hat). Sie weiß, daß annähernd dreiviertel der Wähler ähnlich denken. Sie übernimmt mit diesem persönlichen Bekenntnis schnell diesen Profipunkt von Martin Schulz, wohl wissend, wie alleine Österreich mit dieser Forderung in der EU steht und daß es Deutschland genauso gehen wird. Es ist eine faktisch vollkommen bedeutungslose, allerdings die Türkei unnötig reizende Aussage der Kanzlerin. Die EU-Freunde werden sich den türkischen Markt nicht durch Deutschland versperren lassen.

Bedeutsamer aber ist ihre Reaktion nach dem **EuGH Urteil vom 6.9.2017** und der Äußerung des ungarischen Präsidenten, daß es ihn nicht interessiere. Ihre Äußerung, die EU-**Mitgliedschaft Ungarns** diskutieren zu wollen, erscheint unverständlich, weil nicht rational. Aber reine Machtpolitik dominiert jede scheinbare Rationalität.

Die EU ist noch ein Club souveräner Staaten und kein Staatenverbund. Die Verteilung / Umsiedlung sollte konsensual geregelt werden (Europ. Rat im Sommer 2015), schließlich sind das Recht zur Bestimmung der Form des Zusammenlebens (eher homogene oder heterogene, multikulturelle Gesellschaft) und damit das Recht der Umsiedlung/Ansiedlung in nationaler Souveränität. Und dann wurde nicht konsensual, sondern mehrheitlich abgestimmt (Sept. 2015, gegen die Stimmen von u.a. Ungarn, Rumänien, Tschechien). Die Zurückweisung der Klage durch den EuGH basiert nun auf der Aussage, daß die Idee der homogenen Gesellschaft (Ungarn, Polen) dem Solidaritätsprinzip und der Gleichverteilung der Flüchtlinge entgegensteht und geringer zu bewerten ist. Der EuGH hatte offenbar keine umfassende bestehende rechtliche Grundlage. Sein Recht zur Weiterentwicklung wird aber wohl kaum bezüglich der Einschränkung nationaler Souveränitätsrechte bestehen können, auch nicht für den sog. Notfall. Die Einführung einer Art von „solidarischem Zwang“ ist nicht nachvollziehbar und nicht akzeptabel. Staats- und Völkerrechtler sprechen von einem Fehlurteil.

Aber auch das sonstige Umfeld stimmt nachdenklich. So erfuhr das Europ. Parlament (auch sein Präsident Schulz?) erst einen Tag vor der Beratung von dem damit angestrebten Zwang auf Ungarn zur Aufnahme. Der Brexit basiert offenbar auch auf dieser nicht akzeptablen Rechtshandhabung der EU-Gremien. Die Machtpolitik u.a. von Dr. Merkel mag aus Verzweiflung nach ihrer unkontrollierten Öffnung der Schleusen erfolgt sein, aber sie kann von Ungarn nur als machtpolitischer Dominanzanspruch verstanden werden. **Die EU steckt wieder, auch wenn es nach der Wahl erst ins öffentliche Bewußtsein gerät, in einer tiefen Krise.**

Da nützen als Wahlhilfe bei geschickter Wahlrhetorik auch keine Reden zur Erweiterung der Euro-Zone und der EU, bzw. durch den Beitritt der zu sog. failed states „abrutschenden“ Staaten **Mazedonien** und **Bosnien** und die Zusammenarbeit mit Rahmush Hamadinaj sowie einem **Kosovo**, das Milliarden-Fördermittel der EU nicht davor beschützte, eine „Schlangengrube“ für Mörder, Millionäre und die Mafia zu werden, nichts. Selbst der Autokrat von **Serbien** scheint hoch in der Gunst von Frau Dr. Merkel, im Wettstreit mit W. Putin, zu stehen. **Hier scheint die Wertegemeinschaft noch Politik mit einigen Milliarden betreiben zu können.**

V.c.

Geld spielt überhaupt eine zentrale Rolle in der Politik der Bundesregierung. Das Thema Schule und Ausbildung ist primär Aufgabe der Länder und nicht des Bundes. Warum ist dieses Thema zentral für die Bundestagswahl? Vielleicht weil unsere Demokratie (Subsidiarität, Föderalismus, Bundesrat usw.) nicht mehr verstanden und ernstgenommen wird? Weil dem Bund stets mehr Mitsprache/Kompetenz auf der Ebene der Länder und Kommunen gegen Geld/Zahlungen zugestanden wird? Der Bund hat die Länder mit ausreichend Mitteln / Quellen zur Erledigung ihrer grundgesetzlichen Aufgaben zu versorgen. Für die GroKo aber sind Grundgesetzänderungen sehr einfach, einfach „durchzuwinken“. Werden für Geld in Deutschland also „leicht“ demokratische Rechte gehandelt und die Demokratie eingeeengt? Für Geld ist scheinbar nahezu alles käuflich. Geld („Checkbuch“) hat auch Referenden und Fortschritte in der EU-Integration befördert. Aber wo bleiben die sog. Werte? **Die Demokratie hat in den letzten Jahren in Deutschland gelitten – es bedarf eines Neuanfanges.**

Aber Umsetzung und vorausschauende Planungen haben die Kanzlerin ex ante möglicherweise wenig interessiert, so wie bspw. bei der verkündeten Energiewende und dem halbbrecherischen Öffnen der Grenzen im Herbst 2015 für Flüchtlinge, aber auch für (überwiegend unregistrierte) Zuwanderer, Terroristen und Gefährder, Abenteurer und Abgreifer (sie überweisen Millionen ins Ausland, auch für Schlepper, fördern dort und verführen Dritte auch zum **Deutschland -Trekking**). Es sind zu viele intern übereilt abgestimmte Spontanentscheidungen. **Rationalität sieht anders aus.**

Aber im Gedächtnis werden derartige politische Schocks gut und gern jeweils in drei bis vier Monaten infolge täglich neuer Probleme und Entscheidungen „überschrieben“ und vergessen. Die noch bekanntesten letzten derartigen effektiven Schachzüge der Kanzlerin waren die „Ehe für Alle“ und zuvor auch der „Mindestlohn“. Das Ereignis bleibt jeweils mit ihrem Namen sowie ihrer Kanzlerschaft verbunden und der SPD, den Grünen und der FDP geht derart plötzlich Profil verloren. **Dr. Merkel bietet sich fast nur als eine offene Projektionsfläche an, liefert keine klaren stringenten Entscheidungsbegründungen,**

übernimmt gerne von Dritten und schafft damit zugleich Profilierungsnöte bei der SPD, den Grünen und auch der FDP. Mit derartig hungrig gemachten Parteien sind erfolgreiche Koalitionsgespräche „garantiert“ möglich.

VI.

Es wurde auch in diesem sog. Wahlkampf nicht über die Zukunft und richtungsweisende politische Initiativen diskutiert – offenbar werden die politische Bildung und der Kenntnisstand der Wähler als zu gering geachtet, als daß den Politikern eine rational begründete demokratische Wahl darüber möglich erscheint. Hat diese politische Überheblichkeit / Abgehobenheit mit zu einer Art „Demokratie-Überheblichkeit“ bei vielen Politikern geführt, die der „Politiker-Verdrossenheit“ des Souveräns gegenüber steht und voran geht? Viele fühlen sich wohl in einer gut und gerne „behüteten“ und „geführten“ Demokratie.

Vi.a. Vorschlag zu einer kleinen Wahlrechtsreform:

Mit der kommenden Wahl werden mit Sicherheit die Größe des Bundestages (Anzahl der Abgeordneten) durch sog. Überhang- und Ausgleichsmandate und damit auch die Kosten der Politik stark steigen. Eine gewaltige Ausdehnung um ca. 12 %, d.h. von 598 Mandaten auf 665 Mandate erscheint möglich.

Eine derartige Aufblähung der Anzahl der Mandate ist durch eine einfache **Reform** leicht und kostensparend zu verhindern – sicherlich nicht für die unmittelbar kommende Legislaturperiode, wohl aber **für alle folgenden Legislaturperioden.**

Der Bundestag hat 598 Abgeordnete/Mandate bei einer Besetzung/Vergabe aller (100%). Bisher wurden und gegenwärtig werden alle **598 Mandate** vergeben, unabhängig von der Wahlbeteiligung. Dieses aber muß nicht sein.

Neu-Ansatz:

Es kann von einer Quote friktioneller Nicht-Wähler ausgegangen werden, z.B. 20%.

Die aktuelle Quote der Nicht-Wähler (einschl. der „Ungültigen“) beträgt rd. 40 %.

Die bereinigte aktuelle Quote (aktuelle Q. – friktioneller Q) beträgt dann: 20 %.

Vergeben/besetzt werden nicht 100 % (**598**) Mandate, sondern nur die um die bereinigte aktuelle Quote reduzierte Anzahl, also $100 - 20 = 80$ %, d.h. **478**.

Sollte es zu Überhang- und Ausgleichsmandaten von 12 % kommen, **werden es 574 Mandate.**

Die (politisch schwer zu ändernde) Anzahl der Wahlkreise (299) und Direktmandate bleiben unverändert. Für Parteien mit vielen Direktmandaten sinkt die Anzahl der „sicheren“ Listenplätze und damit die Möglichkeit der/dem Spitzenkandidat(inn)en, persönliche Parteifreunde präferentiell belohnend abzusichern (die innerparteiliche Demokratie wird gestärkt).

Weitere Folgen:

1. Die Demokratie wird gestärkt-
2. Diese „Berücksichtigung“ der Nichtwähler zwingt die unzufriedenen Wähler nicht mehr aus Protest zu den Randparteien und bedingt derart eine gesellschaftliche Stabilisierung.

3. Die angepaßte Anzahl der Mandate bei Wahrung der Struktur spiegeln den Wahlentscheid adäquater wider, die Nicht-Wähler gehen nicht „spurlos“ unter.
4. Zugleich spornt diese „variable Mandatsanzahl“ die Parteien zu einer ernstgenommenen Teilnahme an der demokratischen Meinungsbildung und zur Reduktion der Nicht-Wähler-Q. an.
5. Derart sind Zukunftsfragen und politische Konzepte kaum aus dem Wahlkampf rauszuhalten, es gibt eher keine leeren Schmuse-Wahlkämpfe mehr sowie keine Übernahmen weiterer leerer US-Wahlkampf-Shows.
6. Die Arbeitsweise des Parlamentes kann sich ändern, politischer werden.
7. Veränderungen des Grundgesetzes werden umso schwerer, je höher die Nicht-Wähler-Quote ist und erfordern dann einen breiteren Parteienkonsens im Bundestag (z.Zt. konnte die GroKo mit ihrer Übermacht das Grundgesetz so einfach ändern wie jedes andere Gesetz verabschieden).
8. Gleichzeitig steigt die Wahrscheinlichkeit (wegen stärkerer Belastung der kleineren Anzahl Mandatsträger), daß es weniger Spezialfallgesetze (und damit eine gestärkte effektivere Justiz) und auch einen niedrigeren Zuwachs an Bürokratie geben wird.

VI.b.

Dabei deckelt diese einfache Reform die Kosten dieses Teiles der politischen Koordination und stärkt zugleich die Zivilgesellschaft.

Deshalb mag die Umsetzungswahrscheinlichkeit einer derart kleine Wahlrechtsreform leider nur gering sein, da sie dem geforderten absoluten Primat der Politik und insbes. der Nutzenmaximierung (einschl. der vielen Privilegien, des Vermögens und des Machtgenusses) der Politiker bzw. ihren Eigeninteressen entgegen laufen kann.

Stattdessen wird nach der Wahl mit einer Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre die demokratische Partizipation des Souveräns weiter geschwächt werden.

Die Wahl findet statt am 24. September 2017. Der 22./23.September markiert die Tag--und Nacht-Gleichheit. Danach beginnt hoffentlich nur der astronomische Herbst und nicht auch der wirtschaftliche Herbst der BRD.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann
Potsdam, Stand: 12.9.2017